Der Kongress
der Gemeinden und Regionen Europas

21. TAGUNG
CG(21)8
6. Oktober 2011

Die Situation der Roma[1] in Europa: Eine Herausforderung für Gemeinden und Regionen

Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten
Berichterstatter: John WARMISHAM, Vereinigtes Königreich (L, SOZ[2])

Entschließungsentwurf (zur Abstimmung)..... 2
Empfehlungsentwurf (zur Abstimmung) 6

Zusammenfassung

Roma weisen eine lange Geschichte der sozialen Ausgrenzung und Marginalisierung in der europäischen Gesellschaft auf, eine Ausgrenzung, die durch eine schwere Benachteiligung in miteinander verbundenen Bereichen verschärft wird: Mangel an Bildung, Arbeitslosigkeit, Armut, fehlender Zugang zu medizinischer Versorgung, schlechte Unterkünfte und Wohnsegregation, etc. Jüngere Ereignisse beweisen, dass diese Marginalisierung und schwere Diskriminierung nach wie vor bestehen.

Die Romafeindlichkeit ist in der europäischen Geschichte tief verwurzelt. Mythen und Stereotypen über Roma beherrschen nach wie vor das Denken der Nicht-Roma-Bevölkerung, die auf Ignoranz, Angst und Abgrenzung beruhen und größtenteils von der Bildung immer noch nicht hinterfragt werden. Das neue Wiederaufflammen eines gegen Roma und andere Gruppen gerichteten Extremismus, durch die wirtschaftliche Rezession verschärft und von Demagogen angefacht und durch die Medien genährt, zeigt, dass Romafeindlichkeit weiterhin als populistische politische Kraft wirksam ist.

Die Gemeinden und Regionen haben die Verantwortung, die Menschenrechte ihrer Bürger zu schützen und zu fördern, und sie verfügen zu diesem Zweck über eine Reihe von Befugnissen. Sie sind daher verpflichtet, auf kommunaler Ebene wirksame Maßnahmen im Hinblick auf Roma-Fragen zu ergreifen, um die Situation der sozialen Ausgrenzung von Roma zu lösen.

[1] Der beim Europarat verwendete Terminus „Roma" meint Roma, Sinti, Kale und verwandte Gruppen in Europa, einschließlich Fahrende und die östlichen Gruppen (Dom und Lom), und deckt die breite Vielfalt der betreffenden Gruppen ab, u.a. Personen, die sich selbst als „Zigeuner" bezeichnen.

[2] L: Kammer der Gemeinden / R: Kammer der Regionen
ULDG: Unabhängige und liberaldemokratische Gruppe des Kongresses
EVP/CD: Europäische Volkspartei - Christdemokraten des Kongresses
SOZ: Sozialistische Gruppe des Kongresses
NI: Mitglieder, die keiner politischen Gruppe des Kongresses angehören

ENTSCHLIESSUNGSENTWURF[3]

1. Ereignisse in jüngerer Zeit haben die beständige Diskriminierung und Benachteiligung von schätzungsweise 10-12 Millionen Roma in Europa bestätigt. Roma weisen eine lange Geschichte der sozialen Ausgrenzung aus der europäischen Gesellschaft auf, eine Ausgrenzung, die durch eine schwere Benachteiligung in miteinander verbundenen Bereichen verschärft wird: Mangel an Bildung, Arbeitslosigkeit, Armut, fehlender Zugang zu medizinischer Versorgung, schlechte Unterkünfte und Wohnsegregation, etc.

2. Die Romafeindlichkeit ist eine spezifische Form des Rassismus, der gegen Roma gerichtet und in der europäischen Geschichte tief verwurzelt ist. Mythen und Stereotypen über Roma beherrschen nach wie vor das Denken der Nicht-Roma-Bevölkerung, die auf Ignoranz, Angst und Abgrenzung beruhen und größtenteils von der Bildung immer noch nicht hinterfragt werden. Das neue Wiederaufflammen eines gegen Roma und andere Gruppen gerichteten Extremismus, durch die wirtschaftliche Rezession verschärft und von Demagogen angefacht und durch die Medien genährt, zeigt, dass Romafeindlichkeit weiterhin als populistische politische Kraft wirksam ist.

3. Diskriminierung und die erzwungene Abgrenzung von Roma sind auf nationaler und kommunaler Ebene weit verbreitet. Roma werden häufig Opfer von Gewalt, Zwangsräumung, Ghettoisierung, Ausweisung und Deportation, ungeachtet der Staatsangehörigkeit und damit verbundener Rechte. Die Forschung zeigt, dass Roma weiterhin einer schwerwiegenden Ausgrenzung, Armut, Benachteiligung und einem fehlenden Zugang zu einer Reihe von sozialen Rechten ausgesetzt sind.

4 Vertreter der Roma-Bevölkerungen wirken selten an der Festlegung politischer Richtlinien und Maßnahmen mit und es wird wenig unternommen, um die Roma zu ermächtigen, ihre Interessen zu vertreten.

5. In Anbetracht der von einigen Mitgliedstaaten im Jahr 2010 ergriffenen Maßnahmen, die eine umfassende Berichterstattung in den Medien erhielten, hat der Generalsekretär des Europarats entschieden, dass dringend konkrete Maßnahmen ergriffen und Prioritäten vereinbart werden müssen, um die Eingliederung der Roma in Europa zu erreichen. Er berief ein hochrangiges Treffen ein, um zu besprechen, wie man den unmittelbaren und langfristigen Herausforderungen in Bezug auf die Rechte und Pflichten der Roma-Gemeinschaften in ganz Europa begegnen kann.

6. In der daraus resultierenden Straßburger Erklärung hat der Europarat sein Engagement bekräftigt, sich mit Menschenrechtsfragen in Bezug auf Roma zu befassen, und anerkannt, dass die primäre Verantwortung für die Förderung der Eingliederung bei den Mitgliedstaaten auf nationaler, regionaler aber vor allem auch auf kommunaler Ebene liegt.

[3] Vorläufiger Entschließungsentwurf und vorläufiger Empfehlungsentwurf, am 29. Juni 2011 vom Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten angenommen.

Ausschussmitglieder:
E. Yeritsyan (Vorsitz), *B. Toce (stellvert. Vorsitz)*, *F. Mukhametshin (stellvert. Vorsitz)*, *C. Abela Baldacchino (stellvert. Vorsitz)*, T. Ali, S. Aliyeva, *E. Ampe*, P.D. Andersen, *A. Antosova*, *G. Arnardottir*, T. Badan, S. Barnes *(Stellvertreter: F. Butler)*, B. Belin, *A. Beskow*, *A. Boff*, N. Boltenko, *E. Brogi*, A. Bryggare, *E. Campbell-Clark*, *Y. Celik*, P. Chesneau, V. Chilikov, *E. Chrysanthou*, A. Cook, *E. Costello*, F. Dal, *D. Davidovic*, I. De La Serna Hernaiz, J. Demeter, N. Dudov, B.M. D'Angelo *(Stellvertreter: M. Toscani)*, M. Fiasella, J. Fischerova, B. Fleck, D. Ghisletta, V. Groysman *(Stellvertreter: T. Savchenko)*, L. Güven *(Stellvertreter: G. Doganoglu)*, *H. Himmelsbach*, P. Hugon, P. Jansen, Y. Karayiannis, H. Klamm, V. Konstantinov, A. Koopmanschap, A. Kordfelder, *L. Kovacs*, A. Kurti, *J. Landberg*, P. Leuba, I. Linge *(Stellvertreter: A. Svensson)*, J. Lobnig, *M.S. Luca*, F. Madsen, F. Maitia, *P. Matvienko*, I. Milatic, Y. Mildon, Y. Mishcheryakov, M. Nagel, C. Naudi Baixench, O. Olavsen, *K. Ölcenoglu*, C. Oliver Jaquero, C. Oppitz-Plörer, S. Orlova, *A. Pellizzari*, J. Petusik, *N. Pilyus*, C. Raimbert, *F. Ramos*, *A. Ravins*, *V. Rossi*, Y. Rzayeva, O. Sainsus *(Stellvertreter: S. Bohatyrchuk-Kryvko)*, I. Schrick, *H. Skard*, J.-L. Testud, *G. Tkemaladze*, A. Toader, N. Toncev, S. Toscani, I. Tzaki, E. Van Vaerenberghe, L. Vecchi, E. Villaroya Saldana, C. Vossschulte, *J. Warmisham*, J. Watson, L. Zukauskas.

NB: Die Namen der Mitglieder, die an der Abstimmung teilnahmen, sind kursiv gedruckt.

Sekretariat des Ausschusses: D. Marchenkov, J. Hunting und M. Grimmeissen

7. Die Gemeinden und Regionen haben die Verantwortung, die Menschenrechte ihrer Bürger zu schützen und zu fördern, und sie verfügen zu diesem Zweck über eine Reihe von Befugnissen. Sie sind daher verpflichtet, auf kommunaler Ebene wirksame Maßnahmen im Hinblick auf Roma-Fragen zu ergreifen und Führung und Visionen unter Beweis zu stellen sowie die Unterstützung aller Bereiche der Gemeinschaft zu mobilisieren, um die Situation der sozialen Ausgrenzung von Roma zu lösen.

8. Darüber hinaus sind die kommunal und regional gewählten Vertreter, da sie den Bürgern am nächsten stehen, am besten geeignet, eine Politik zu entwerfen, die den Roma den Zugang zu ihren Rechten sichert, und Romafeindlichkeit, Vorurteile, Diskriminierung und rassistisch motivierte Gewalt bekämpft.

9. Einige Gemeinden und Regionen haben sich bereits verpflichtet, die Situation der Roma zu verbessern, und der Kongress begrüßt die Gründung einer Reihe von regionalen und nationalen Netzwerken oder Plattformen für Gemeinden, die sich mit Roma-Fragen befassen.

10. Angesichts des Vorstehenden *fordert der Kongress die Gemeinden und Regionen auf*:

a. die Entscheidungen umzusetzen, die während des Gipfeltreffens der Bürgermeister zum Thema Roma, das vom Kongress am 22. September 2011 in Straßburg organisiert wurde, getroffen wurden;

b. sich öffentlich zu verpflichten, sich mit Roma-Fragen zu befassen und die Situation der sozialen Ausgrenzung der Roma zu verbessern;

c. die kommunale Situation zu überwachen und zu analysieren, um eine solide Grundlage für die Ausarbeitung und Umsetzung von Strategien und Aktionsplänen für die Eingliederung der Roma zu schaffen, unter Berücksichtigung der Vielfalt im Hinblick auf die Identität und die Lebensumstände der verschiedenen Roma-Gruppen, sowie die Ergebnisse zu messen, um zu zeigen, ob der gewünschte Erfolg erreicht wurde;

d. strategische Aktionspläne mit klaren Zielvorgaben zu entwerfen, die Ziele und Umsetzungsphasen festlegen, und dies in Anwendung eines integrierten Ansatzes, der die miteinander verbundene Natur der Probleme in diesem konkreten Bereich anerkennt. Insbesondere:

in Bezug auf die Bildung:

i. die getrennte Schulbildung für Roma-Kinder abzuschaffen;
ii. Vorschulangebote für Roma-Kinder zu unterbreiten, wo dies notwendig ist, um sie auf die Schule vorzubereiten, damit sie die gleichen Startbedingungen haben wie andere Kinder;
iii. sicherzustellen, dass alle Roma-Kinder regelmäßig die Grundschule besuchen, sie zu ermutigen, in die Sekundarstufe zu wechseln, oder sicherzustellen, dass jene, die sie Schule frühzeitig verlassen, zurückkehren, um Grundkompetenzen und berufliche Qualifikationen zu erlernen. In diesem Kontext ist auf Roma-Mediatoren an den Schulen zurückzugreifen, die zu diesem Zweck ernannt werden;
iv. Vorkehrungen zu treffen, um eine kontinuierliche Bildung von „fahrenden" und Migrantenkindern zu gewährleisten, z. B. durch eine Zusammenarbeit der Schulen, Fortschrittsberichte und Bereitstellen von Schulungsangeboten, während sie „auf der Straße sind";
v. Lehrerausbildung anzubieten und „Hilfslehrer"/Mediatoren mit Roma-Abstammung zu beschäftigen, um die Roma-Kinder im Unterricht zu unterstützen;
vi. außerschulische Aktivitäten zu organisieren, um Roma-Kinder und junge Menschen einzubinden, und sie in Kontakt mit Nicht-Roma-Kindern zu bringen, insbesondere in den Bereichen Kultur und Sport.

in Bezug auf Beschäftigung:

i. mit kommunalen Arbeitgebern zu kooperieren, um die Beschäftigung von Roma zu fördern, einschließlich Berufspraktika, um berufliche Kompetenzen zu erlernen, und Roma-Mediatoren zu beschäftigen, um diese zu unterstützen;
ii. Maßnahmen einzuführen, um die Einstellung und Ausbildung von Roma im Berufsleben innerhalb des eigenen Personals der Gemeinde zu fördern;

iii. Selbstständigkeit und kleine Unternehmen zu fördern und zu unterstützen, einschließlich Kompetenztraining und Beratung im Hinblick auf Geschäfts- und Finanzmanagement sowie kleine Darlehen, z. B. in Zusammenarbeit mit den örtlichen Banken;
iv. die Nutzung von kulturellen Aktivitäten und Handwerken von Roma zu fördern und zu unterstützen, insbesondere jener, die von Frauen ausgeführt werden, als Grundlage für den Aufbau kleiner Unternehmen;
v. Beratungsdienste im Hinblick auf kommunale Beschäftigungsangebote und Zugang zu diesen sowie im Hinblick auf angemessene Schritte, die im Fall von Diskriminierung zu ergreifen sind;

in Bezug auf medizinische Versorgung:

i. die gesundheitliche Situation und die Bedürfnisse von Roma zu identifizieren und die Wirksamkeit aktueller Leistungen zu prüfen;
ii. sicherzustellen, dass die Roma, insbesondere in abgegrenzten Siedlungen, und fahrende/einwandernde Gemeinschaften, Zugang zu den kommunalen Gesundheitsdiensten erhalten, einschließlich Kontaktstellen und mobiler Einrichtungen und Dolmetscherdienste, wo erforderlich;
iii. sicherzustellen, dass die Gesundheitsdienste Frauen und Kinder erreicht und Vorsorgemaßnahmen einschließt, insbesondere die Impfung jüngerer Kinder, und dass jederzeit medizinische Informationen verfügbar sind;
iv. mit den örtlichen Gesundheitsämtern zusammenzuarbeiten, um Dienste zu gewährleisten, die für die Roma-Kultur und die Lebensbedingungen der Roma geeignet sind und die auf die medizinischen Bedürfnisse der Roma eingehen;
v. Roma-Mediatoren zu ernennen, um den Zugang der Roma zur medizinischen Versorgung zu erleichtern.

in Bezug auf Wohnraum:

i. Strategien zu entwickeln, um die Wohnsegregation der Roma zu beenden, die Qualität des bestehenden Wohnraums zu ersetzen oder zu verbessern oder den Roma Zugang zu Wohnungen mit allen Grundausstattungen zu geben (Trinkwasser, Kanalanschluss, Gas, Strom, Abfallentsorgung und asphaltierte Straßen), um die soziale Eingliederung zu fördern;
ii. fahrenden/einwandernden Familien den Zugang zu angemessenen Unterkünften auf geeigneten Flächen und mit Grundausstattung und einer effektiven Platzverwaltung zu gewährleisten, die Konsultation der Anwohner in diesem Gebiet sicherzustellen, um Bedenken zu besprechen, und die soziale Kohäsion zu fördern;
iii. die Laufzeiten für Wohnungen oder Stellplätze für Roma zu regeln, Zwangsräumungen zu vermeiden und vereinbarte alternative Unterkünfte mit angemessenem Standard anzubieten, wenn erforderlich;
iv. Land auszuweisen, auf dem, wenn es von Roma gekauft oder gepachtet wird, Unterkünfte unter Einhaltung von Umwelt- und sanitären Vorschriften gebaut werden können.

in Bezug auf die Ermächtigung und Partizipation von Roma:

i. die Führer der Roma-Gemeinschaft einzubinden, um in Partnerschaft an der Umsetzung der Strategien zu arbeiten und zu diesem Zweck die Leistungsfähigkeit der Roma-Gemeinschaft auszubauen. Insbesondere sicherzustellen, dass ein leitender Beamter die Hauptverantwortung für die Arbeit bei Roma-Themen hat, und dass Roma-Mediatoren vorhanden sind, um die Umsetzung der Strategien zu unterstützen;
ii. Strukturen aufzubauen, die gewährleisten, dass die Stimme der Roma von jenen gehört wird, die für Roma-Angelegenheiten zuständig sind (einschließlich der Stimme der Frauen und Kinder/Jugendlichen), entweder in Form von Roma-Beiräten oder durch Einbeziehen der Roma in Vertretungsorgane für Minderheiten und Gemeindegruppen allgemein;
iii. Informationen und Programme für Bürgerkunde anzubieten, um die aktive Bürgerschaft in der Roma-Gemeinschaft zu fördern;
iv. die Entwicklung oder Stärkung der örtlichen Roma-Verbände zu fördern und zu unterstützen, die diese Stimme in geeigneten Foren mobilisieren und artikulieren sowie als Partner kommunaler Stellen agieren können;
v. Roma-Mediatoren einzustellen, auszubilden und ordnungsgemäß zu beschäftigen, wobei diese, wenn möglich, aus der örtlichen Roma-Gemeinschaft stammen sollten, einschließlich jener, die

im Rahmen des ROMED-Programms des Europarats ausgebildet wurden und für die Ausbildung der Mediatoren das Curriculum des ROMED-Programms zu nutzen;

vi. das interkulturelle Verständnis durch das Organisieren von Aktivitäten zu fördern, in Zusammenarbeit mit den Roma-Verbänden, um die Kultur und Identität der Roma sowohl innerhalb der Roma-Gemeinschaft als auch in der Allgemeinheit zu stärken (einschließlich Schulen);

vii. die Partizipation der Roma bei kommunalen Maßnahmen zu fördern, einschließlich der Kommunalpolitik (z. B. durch Wählerregistrierung und indem sie sich als Kandidaten zur Wahl stellen) und insbesondere durch Förderung der Partizipation von Frauen und jungen Menschen.

e. Maßnahmen für die Bekämpfung von Ignoranz, Mythen und Stereotypen in der Allgemeinbevölkerung, u.a. über die örtlichen Medien, und insbesondere die Bereitstellung von Aufklärungskursen und praxisorientierten Workshops für Manager und Personal für Roma-Angelegenheiten zu ergreifen, wobei die Roma an der Planung und Ausführung zu beteiligen sind:

i. Informationsmaterial zu produzieren und zu verbreiten (Handzettel, Broschüren, CDs, Internetseiten, etc.), einschließlich der Unterlagen, die bereits im Rahmen des Dosta!-Programms des Europarats zur Verfügung stehen, und in Schulen und mit den örtlichen Medien das Bewusstsein für die Kultur und Geschichte der Roma zu schärfen, um negativen Mythen und Stereotypen zu begegnen und Roma und Nicht-Roma zusammenzubringen;

ii. Aktivitäten zu entwerfen, die sowohl Roma als auch Nicht-Roma einen Nutzen bringen, und beide Gruppen in die Lage versetzt, gemeinsam das gegenseitige Verständnis und ihren Respekt für den anderen aufzubauen;

iii. die Benutzung negativer Stereotypen und Begriffe in Bezug auf Roma zu vermeiden, insbesondere in Aussagen politischer Führungskräfte und leitender Angestellter;

iv. jede öffentliche Manifestation von Roma-Feindlichkeit in Form von Hassreden, Diskriminierung, Bedrohung, Einschüchterung und körperlicher Gewalt, seien sie von Einzelpersonen oder organisierten Gruppen, aktiv und öffentlich zu verurteilen und zu bekämpfen und Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das Recht wirksam und in nicht diskriminierender Weise von Polizei und anderen zuständigen Stellen durchgesetzt wird.

f. die erforderlichen Finanzmittel und anderen Ressourcen für die Umsetzung von Aktionsplänen durch interne und externe Quellen, wie angemessen, zu sichern;

g. die Behandlung Roma-spezifischer Angelegenheiten zu einer Kernfunktion der kommunalen und regionalen Stellen zu machen;

h. nationale/n Netzwerke/n der Gemeinden und/oder Regionen mit dem Ziel beizutreten oder zu schaffen, die Situation der Roma zu verbessern;

i. bestehende Entschließungen des Kongresses zu nutzen, z. B. jene in Bezug auf Migranten und Minderheiten, die Aspekte enthalten, die für die Arbeit mit Roma-Angelegenheiten relevant sind, wobei gleichzeitig sicherzustellen ist, dass die spezifische Situation der Roma angemessen behandelt wird.

11. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas:

a. in Erinnerung seiner Entschließungen 249 (1993), 16 (1995) und 44 (1997) und der Erklärung des Club de Strasbourg vom Oktober 2010, die alle die Gründung von Kooperationsstrukturen fordern, verpflichtet sich, zur Einrichtung eines paneuropäischen Kooperationsrahmens zwischen den kommunalen und regionalen Stellen, bestehenden Netzwerken und anderen Strukturen beizutragen, um Erfahrungen auszutauschen, gute Praktiken zu identifizieren und zu fördern und die Zusammenarbeit zu erleichtern;

b. ruft die Gemeinden und Regionen auf, dieser Struktur beizutreten, um sich gemeinsam für die Eingliederung der Roma und die Stärkung ihrer diesbezüglichen Kapazität einzusetzen;

c. lädt die Mitgliedstaaten ein, Roma-Bürgermeister in ihre nationalen Delegationen zum Kongress aufzunehmen, sofern dies möglich ist;

d. fühlt sich der Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen der Europäischen Union verpflichtet, um die Eingliederung der Roma zu erreichen, u.a. durch den Austausch guter Praktiken.

EMPFEHLUNGSENTWURF[4]

1. Viele der 10-12 Millionen Roma, die in den 47 Mitgliedstaaten des Europarats leben, leiden unter einer extremen Marginalisierung und leben in äußerst armen Umständen. Man verweigert ihnen den uneingeschränkten Zugang zu ihren sozialen Rechten, u.a. eine qualitativ gute Bildung, Beschäftigung, medizinische Versorgung und Wohnraum. Ihre Menschenrechte werden nicht nur missachtet, sondern sie werden mit Füßen getreten. Darüber hinaus leiden sie unter Diskriminierung und Roma-Feindlichkeit und werden Opfer von Hassreden, Verfolgung und Gewalt.

2. Die Mitgliedstaaten sind für den Schutz der Menschenrechte für alle Mitglieder der Gesellschaft verantwortlich und sie müssen, angesichts der Tatsache, dass wirtschaftliche und soziale Rechte Menschenrechte sind, sicherstellen, dass die auch der Roma-Bevölkerung zugänglich sind.

3. Die soziale Eingliederung der Roma wurde in die politischen Programme vieler Mitgliedstaaten aufgenommen, obwohl die nationalen Antworten variieren. Es wurden nationale Aktionspläne voller guter Intentionen entworfen, aber ihr Einfluss ist begrenzt.

4. Die Gemeinden und Regionen wurden für ihre Inaktivität oder das Versäumnis kritisiert, zentrale Regierungsrichtlinien in Bezug auf Roma umzusetzen, allerdings enthalten diese staatlichen Richtlinien nicht immer Bestimmungen für die Umsetzung in kommunale Maßnahmen und die Kompetenzaufteilung zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen ist nicht immer klar definiert.

5. Die Gemeinden und Regionen sehen sich auch manchmal mit Hürden konfrontiert, z. B. der Beschränkung ihrer rechtlichen Kompetenzen oder unzureichenden Finanzmitteln.

6. In Anbetracht des Vorstehenden und den Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens der Bürgermeister zum Thema Roma, das vom Kongress am 22. September 2011 in Straßburg organisiert wurde, *empfiehlt der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas dem Ministerkomitee des Europarats, die Mitgliedstaaten aufzufordern:*

a. die Anerkennung der Roma als „nationale Minderheit" zu erwägen (wo dies noch nicht geschehen ist), um sicherzustellen, dass die Roma durch internationales Recht geschützt sind (und insbesondere durch das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten), besonders im Hinblick auf ihren Zugang zu Rechten auf kommunaler Ebene;

b. sicherzustellen, dass nationale Strategien für Roma-Angelegenheiten angemessene Bestimmungen für die effektive Umsetzung auf kommunaler Ebene enthalten, u.a. durch die Gewährleistung, dass die Gemeinden und Regionen über die erforderlichen Befugnisse und Zuständigkeiten verfügen, um diese Aufgabe zu erfüllen, sowie durch den Zugang zu ausreichenden Mitteln und externer Unterstützung;

c. kommunale und regionale Initiativen für die Eingliederung der Roma zu unterstützen und geeignete Rahmen für eine enge Zusammenarbeit zu schaffen, um die effektive Umsetzung nationaler Strategien für die Förderung der Eingliederung der Roma auf kommunaler Ebene sicherzustellen;

d. zu untersuchen, wie die Roma zur sozialen Absicherung und dem Steuersystem beitragen und von diesen profitieren können;

e. Vertreter der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften in den Entwurf und die Überwachung der nationalen Strategien/Aktionspläne für Roma einzubeziehen und dafür nationale Netzwerke der Gemeinden und/oder Regionen zu nutzen.

[4] Siehe Fußnote 2.

7. Der Kongress bittet das Ministerkomitee, seinen Aufruf an alle Mitgliedstaaten zu wiederholen, seine Empfehlungen in Bezug auf Roma und insbesondere CM/Rec(2008)5 über Politik für Roma und/oder Fahrende in Europa umzusetzen;

8. Der Kongress empfiehlt dem Ministerkomitee, gemäß der politischen Priorität, die der Europarat der sozialen Eingliederung der Roma und der Achtung der Menschenrechte einräumt, zusammen mit dem Kongress ein europäisches Programm für den Ausbau der Kapazitäten auf kommunaler und regionaler Ebene einzurichten, um das Ausbildungsprogramm für Roma-Mediatoren (ROMED) zu ergänzen und im Kontext des paneuropäischen Kooperationsrahmens zwischen den Gemeinden und Regionen tätig zu werden. Freiwillige Beiträge könnten die Grundlage für den Start dieses Programms sein.